

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 24.

Leipzig, den 13. Juni.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Rgr.; einzelne Nummern 1 Rgr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, E. Reichert Gainsstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, E. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Vollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Mit Nr. 26 schließt das zweite Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Todtenschein des Berliner Reichstags. — Stieberisches. — Gefährliche Enthüllungen. — Weiße Elaven. — Eine Arbeiterrede. — Aus England.

Politische Uebersicht.

„Ich danke Ihnen für die Glückwünsche, die Sie an mich richten; ich freue mich des Glücks meiner Unterthanen, die ich als vollkommen einander gleichstehend betrachte. In meinen Augen besteht kein Unterschied zwischen den Anhängern der verschiedenen Religionen. Die Religion und die Rechte Aller wurden bis jetzt gewahrt, allein nicht Alle konnten zu den höchsten Staatsämtern berufen werden. Das war das alte System; jetzt ist der Zutritt zu allen Aemtern, mit Einschluß der höchsten, Allen erschlossen. Das Verdienst allein wird über die Ernennung zu öffentlichen Aemtern entscheiden. Zählen Sie auf meinen guten Willen; ich will das Wohlergehen aller meiner Unterthanen ohne Unterschied des Glaubens und der Abstammung.“ Also lautete die Antwort des — Sultans an eine Deputation von Vertretern der nicht muslimännischen Gulte, die ihm für die eingeführte Religionsgleichheit dankten. So steht es in der Türkei, die sich damit über sämtliche kaiserlichen Monarchien Europa's erhoben hat. Im „Staat der Intelligenz“ par excellence und auch im übrigen Deutschland werden z. B., wie Professor Virchow soeben nachgewiesen hat, Juden an keiner Universität zu ordentlichen Professoren ernannt. „Thatsache ist, daß bis jetzt an keiner Universität Deutschlands ein Ordinarius einer medizinischen Fakultät angestellt ist, der jüdischen Glaubens wäre; das Judenthum bildet also ein positives Hinderniß des Fortkommens.“

„Blickt auf dies Bild und auf jenes.“
Der unglückliche Berliner „Reichstag“ schwebt fortwährend zwischen Beschlußunfähigkeit und der Furcht davor. Leere Bänke, auf denen sich gelangweilte Märtyrer der Pflicht herumwackeln, verzweifelte Redner, die durch den Gedanken gelähmt werden, daß Niemand sie anhört, vor den Abstimmungen hereinströmen einiger Duzend Abgeordneten, die sich in der Restauration restaurirt haben, telegraphische Steckbriefe nach

allen Weltgegenden hin den desertirten Mitgliedern nachgeschickt, tolle Anträge, um volle Häuser zu erzwingen (Ausstoßung Derer, die mehrmals hintereinander geschwänzt) — das ist das Bismarcksche Parlament, sich selbst eine Qual, der Welt ein Spott. Fürwahr, Herr von Bismarck hat es fertig gebracht, „den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus zu begraben“, — mit besserem Erfolg, als ihm lieb ist. Kuriren läßt sich da nichts mehr. Einführung der Diäten, Vereinfachung der Maschinerie, so daß die Mitglieder nicht mehr allzuviel Zeit verlieren — Alles wird umsonst sein. Der Reichstag, gleich dem Zollparlament, ist eben ein todtgebornes Kind, gleich dem ganzen Norddeutschen Bund, der sich entweder über Deutschland ausdehnen, oder in sich zerfallen: in beiden Fällen zu Grunde gehen muß. Was die Vertreter der Volkspartei anlangt, so werden sie mit oder ohne Diäten nach wie vor den Sitzungen des Berliner „Reichstags“ nur dann beiwohnen, wenn sie es im demokratischen Interesse für nöthig halten. Unter keinen Umständen werden sie zu Ruß und Frommen des Großpreuenthums parlamentarische Komödie spielen, bloß um „mitzuthun“.

Der Antrag Reinke's*) konnte wirklich wegen Beschlußunfähigkeit des Reichstags am Donnerstag nicht zur Verhandlung kommen, und mußte diese auf Freitag verschoben werden. Auch da war kaum die nöthige Zahl von Mitgliedern anwesend; aber man drückte ein Auge zu, und nachdem die Herren Berichterstatter (Referent Engel und Coreferent Graf Rünster) mit Mühe in dem Restaurationslokal aufgefunden worden, konnte die Komödie abgespielt werden. Unter allgemeiner Theilnahmlosigkeit sprachen die beiden genannten Herren, einige Nationalliberale („man dürfe an dem neuen Werk keine Veränderungen anbringen“), zwei Fortschrittler („die Sache sei zwar unwichtig“ (!), aber man müsse die Kompetenz des Reichstags zu erweitern suchen) und

Abg. Schrays: Ich habe den Antrag des Abg. Reinke mit unterzeichnet, werde für ihn stimmen, und werde dessen ungeachtet sehr bedrückt sein, wenn der Reichstag ihn ablehnt. (Geisterleit.) — Ich halte den Antrag materiell für gerechtfertigt, denn ich brauche nur auf das Beispiel Preußens hinzuweisen, um zu constatiren, daß solche Commissionen wohl bestehen und mit dem besten Erfolge wirken können;

*) Siehe den Wortlaut in der vor. Nummer dieses Blattes.

ich erinnere beispielsweise an die Commission zur Untersuchung der Lage der Arbeiter, der Arbeiter-Hilfskassen und der Verhältnisse der Spinner und Weber in Schlesien und Westfalen. Ich hätte gewünscht, der Referent hätte sich über den Nutzen jener Commission näher geäußert. Den Antrag muß man ferner materiell für gerechtfertigt erklären, wenn man einen Blick auf die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung wirft. Darüber ist Niemand zweifelhaft, daß eine sociale Frage besteht; nur über die Lösung derselben geben die Ansichten auseinander, und wenn eine solche Frage von den Freunden wie von den Gegnern der Regierung als Agitationsmittel benutzt wird, so halte ich es für eine Pflicht der Volksvertretung, den Kern der Frage festzustellen, und dazu bedarf sie ihrer eigenen Organe, namentlich wenn vorausgesetzt werden muß, daß die von den Untergeordneten der Regierung in deren Auftrage gegebenen Berichte nicht frei von Färbung sind. — Redner geht hierauf näher auf die verschiedenen Ansichten über die sociale Frage ein, wird jedoch durch den Präsidenten mit der Bemerkung unterbrochen, daß er eine Erörterung der sozialen Frage bei dieser Gelegenheit nicht zulassen könne. Abg. Schrapf (fortfahrend): Ich spreche über den Zweck, den zu erreichen der vorliegende Antrag die Mittel an die Hand gibt, und beabsichtigt, durch die vorgebrachten Thatsachen den letzteren zu motivieren. — Ich sehe voraus, welches das Schicksal dieses Antrags sein wird, und will nur noch meine vorherigen Bemerkungen begründen, daß ich auch dadurch befriedigt sein werde. Bei den Reichstagswahlen hat es bei uns in Sachsen nie an Agitationen gefehlt, bei denen auf das Heil hingewiesen wurde, das dem Arbeiterstande aus dem Norddeutschen Bunde erfließen würde. Ich habe den Antrag wesentlich mit aus dem Grunde unterschrieben, um auch für das blödeste Auge erkennbar zu machen, daß man sich darin täuscht und daß von Berlin für den Arbeiterstand nichts Gutes kommen wird. (Unruhe).

Zum Schluß ergriff das Wort der Antragsteller.

Abg. Dr. Reincke: Der Art. 5 der norddeutschen Bundesverfassung statuirt zwei gesetzgebende Factoren, deren Competenzen sehr verschieden sind. Die des Reichstags sind sehr ungünstig im Verhältnisse zu denen des Bundesraths. Wenn wir jetzt über irgend eine Thatsache Auskunft haben wollen, müssen wir an den Bundesrath petitioniren. Und dabei sind wir ganz von dem Wohlwollen desselben abhängig; es existirt kein Gericht darüber, ob und in welcher Zeit der Bundesrath unseren Wünschen entsprechen muß. — Und wie diese Wünsche respektirt werden, davon haben wir ja schon Beispiele gehabt. Als die Wahl des Abg. De vens beanstandet wurde, ersuchte der Reichstag den Bundesrath, auf richterlichem Wege eine Untersuchung über die vorgekommenen Wahlbeeinflussungen einzuleiten. — Bis zu dieser Stunde aber haben wir noch nichts gehört von der Untersuchung und ihrem Resultate. — Als die Wahl des Abgeordneten Harfort mit eigener Zustimmung desselben in Folge eines Protestes des Bürgermeisters von Hagen beanstandet wurde, wurde der Bundesrath mit den Recherchen beauftragt. Das geschah im Monat September, und erst in diesen Tagen sind die Aktenstücke wieder eingelaufen. — Mein Antrag soll diesem Uebelstande abhelfen. Es ist auch ein großer Vortheil für uns, wenn wir die Thatsachen nicht durch die Brille der untersuchenden Beamten, sondern aus eigener Anschauung sehen können. — Der Grund, den der Referent angegeben, daß die Autorität der Beamten dadurch geschädigt werden könne, ist ein durchaus müßiger. Durch nichts gerade kann der Beamte besser beweisen, daß er seine Pflicht thut, als daß er das Licht der Öffentlichkeit nicht scheut. — Ein anderer Grund, der mich zu dem Antrage bewogen hat, ist die gegenwärtige Lage der Gesellschaft, deren bedenklichen und gefährlichen Folgen begegnet werden muß durch die legislatorische Thätigkeit. Wobin wir blicken, sehen wir Arbeiterbewegungen, wofür nicht etwa einzelne lokale Gründe, sondern allgemeine Gründe maßgebend sind. Der Charakter der gegenwärtigen Gesellschaft ist der Kampf um die Ausgleichung der bestehenden Widersprüche zwischen dem Rechte der Arbeit an den geschaffenen Werthen und der Willkür des Kapitals, die geschaffenen Werthe für sich zu beanspruchen. (Bei der weiteren Ausführung dieses Gedankens wird Redner durch die zunehmende Unruhe des Hauses, den wiederholten Ruf von der Rechten: „Zur Sache!“ und schließlich auch durch den Präsidenten unterbrochen, welcher dem Redner bemerklich macht, daß die Erörterung der sozialen Frage doch wohl den Rahmen seines Antrags überschreite. Redner erklärt jedoch, daß er zur Motivirung seines Antrages dies für nöthig halte und fährt fort, wird aber wiederholt durch Rufe: „Zur Sache!“ und durch die Klingel des Präsidenten unterbrochen.) Er entwickelt weiter, daß dieser gegenwärtige Gesellschaftszustand allerdings mit den gegenwärtigen Grundsätzen von Recht und Moral übereinstimme, daß aber die Gesellschaft zu der Ueberzeugung kommen müsse, daß diese Grundsätze auf die Dauer nicht haltbar wären. Das könne aber nur dadurch geschehen, wenn die wirkliche Lage der arbeitenden Klassen allgemein bekannt wäre. Sein Antrag solle nur bezwecken, durch die Mög-

lichkeit zur Niederlegung von Commissionen hiezu beizutragen. Der Referent Dr. Engel habe in einem durch den Berliner Gemeindevorstand veröffentlichten Aufsatz selbst anerkannt, daß „das herrschende Großindustriesystem ein Verbrauch von Menschen zu Gunsten des Kapitals sei, die Abschwächung der Lebenskräfte und den sittlichen Verfall der Generation herbeiführe,“ wenn nicht bei Zeiten gesteuert würde. — Wollen Sie nun ruhig zusehen und ihren Nachkommen die Arbeit überlassen? Oder halten Sie es nicht vielmehr für Ihre Pflicht, so weit es möglich ist, dieser drohenden Gefahr vorzubeugen dadurch, daß die Arbeiter und Arbeitgeber darüber aufgeklärt werden, daß es möglich ist, dem laisss faire, dem laisss aller nicht mehr geht?“ Wollen Sie dies, was der Herr Referent in einem von ihm veröffentlichten Aufsatze gleichfalls für nöthig erachtet hat, so müssen Sie für meinen Antrag stimmen. — Der Reichstag soll die Möglichkeit haben, solche Untersuchungs-Commissionen zu ernennen. Der Widerspruch der Regierungen kann uns gar nicht hindern, den Antrag zu stellen; wir sind hier nicht für den Bundesrath, sondern im Auftrage unserer Mandantent; und der Antrag muß so lange wiederholt werden, bis er Gestaltkraft erlangt. Lassen wir uns nicht erst die Zustände über den Kopf wachsen, ehe wir etwas thun. Wenn wir wirkliche Führer sein wollen, dürfen wir uns nicht durch die Zeitereignisse fortschieben lassen, sondern müssen ihnen vorzubeugen suchen. Wenn wir die ruhige Fortentwicklung der Gesellschaft auf diesem Wege in geschickter Weise anzubahnen suchen, werden wir am besten gewaltthätigen Umwälzungen, die sonst nicht ausbleiben können, vorbeugen. — Sie werden beschließen und allem Anscheine nach den Antrag ablehnen; (Auf rechts: Ja wohl!) Das weiß ich wohl; wenn Sie aber gegen meinen Antrag stimmen, so sollen wenigstens unsere Mandanten wissen, was sie in dieser Beziehung vom Reichstage zu erwarten haben. (Unruhe rechts).

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers, der Fortschrittspartei und der freien Vereinigung abgelehnt. Daß die Fortschrittler dafür stimmten, entsprang beiläufig weniger dem Wunsche, „die Competenz des Reichstags“ zu erweitern, als dem Bedürfnisse, sich bei den Arbeitern populär zu machen.

Sonst ist über die Thätigkeit des „Reichstags“ nichts zu vermelden, außer etwa, daß die Herren Nationalliberalen zerknirscht von dem traurigen Anblick, den die „preußische Flotte“ neulich beim Vollparlamentsschmauß im Kieler Hofen darbietet, den Beschluß gefaßt haben, der Regierung das verwerthbare Marineanleihen unter irgend einer anderen Form zu bewilligen. —

Ein Seitenstück zu der oben erwähnten Intoleranz gegen die Juden: Verfloffene Woche fand vor der sechsten Deputation des Berliner Criminalgerichts der Prozeß wegen Gotteslästerung statt, der gegen den Cigarren-Arbeiter Friß sich erhoben war, weil derselbe geäußert, Cassalle habe jenen erhabenen Standpunkt erreicht, den Christus vor 19 Jahrhunderten eingenommen. Die Anklage sagte: „Diese Gleichstellung eines Menschen mit der Gottheit ist als eine Herabwürdigung der letzteren zu betrachten“. Sie stellte sich also völlig auf dem dogmatischen Standpunkt von der Gottheit Christi. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, aber aus dem Motivo, weil wohl der Thatbestand, nicht aber die dolose Absicht der Gotteslästerung als erwiesen anzusehen sei. Es theilte also prinzipiell den Standpunkt der Anklage. Es ist weit gekommen in dem Staate, in welchem einst Friedrich der Große, der Freund und religiöse Gefinnungsgenosse Voltaire's, regierte! —

Nach längerer Waffenruhe ist zwischen dem Casariatum diesseits und jenseits des Rheins bestiger Krieg entbrannt, — einstweilen nur auf dem Papier. Die französische Presse verhält sich dabei mehr offensiv, die preussische mehr defensiv, was sehr charakteristisch ist. Die „Kreuzzeitung“, vor ein paar Tagen noch recht froh, schreibt heute: „Noch immer dauert das „donner fort in einigen französischen Blättern gegen die „kriegslustige“ Preußen. Kein Mensch aber in Europa glaubt wirklich, daß Preußen gewillt sein möchte, den Frieden der Welt zu stören. Man braucht nur ein Auge offen zu haben, um das zu sehen. Die „preussischen Chauvinisten“, von denen

Pariser Zeitungen reden, sind lediglich eine lächerliche Erfindung. Uns zählen die französischen Blätter in erster Reihe zu dieser „kriegslustigen Partei“, obwohl wir uns kaum alle Vierteljahr einmal gegen ihre Präntationen erhoben haben, wenn's eben nicht mehr anders ging dem wüsten Geshrei gegenüber. Gest, wir wollen die Frage von Krieg und Frieden nie mehr berühren, wenn auch unsere Pariser Kollegen sich dahin beschreiben wollen. Und alsbald würde das vielbeklagte „Mißtrauen“ sich legen.“ Daß Preußen nicht „kriegslustig“ ist, glauben wir gern; da es in Folge der Annexionen und seiner undeutschen Politik nicht in der Lage ist, Krieg führen zu können, kann es selbstverständlich nicht „kriegslustig“ sein. Aber war etwa Oesterreich 1866 „kriegslustig“? Und doch behauptete die preussische Presse es, und doch wurde es von Preußen zum Krieg gezwungen, und — es giebt eine Remesse in der Geschichte. —

Der („ultramontane“) bayerische Zollparlamentsabgeordnete Lukas giebt in öffentlichen Blättern eine lange Erklärung ob, warum er das süddeutsche Fraktionsprogramm nicht unterzeichnet. Der Hauptgrund liegt in der Stelle, betreffend „die kräftige Erfüllung unserer vertragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland.“ Das hierunter verstandene Schutz- und Trugbündniß und der Zollvereinsvertrag mit Preußen seien das laudinische Joch der bayerischen Unabhängigkeit, das er nie anerkennen werde. Mit anderen Worten, Herr Lukas will nicht, daß Bayern, wie überhaupt Süddeutschland, das Bismarck'sche Preußen in jedem Krieg unterstützen soll. Natürlich ist die großpreussische Presse hierüber sehr erboht, und die „Kreuzzeitung“ bedroht den kranken Abgeordneten, falls er wieder nach Berlin kommt, mit „Ermission“. Schade nur, daß die große Mehrheit des süddeutschen Volks in diesem Punkt gerade so denkt, wie der Abgeordnete Lukas, und daß Graf Bismarck, der nie Bedenken getragen hat, einen unbequemen Vertrag zu brechen, sich nicht darüber beklagen darf, wenn Andere seinem Beispiel folgen. Die Erkenntniß, daß der Spieß jeden Moment umgedreht werden kann, dazu das klägliche Fiasko der Berliner Parlamentskomödie, das Erwachen des deutschen Volksbewußtseins in Nord und Süd, das Emporsteigen Oesterreichs, die immer mehr zu Tag tretende Lebensunfähigkeit der „Schöpfung“ des Jahres 1866 — das Alles hat die Gesundheit des Herrn von Bismarck so erschüttert, daß er sich für einige Zeit, vielleicht auf immer — von den Geschäften zurückziehen muß. Wir sind übrigens weit davon entfernt, die Krankheit des Grafen für ein sehr wichtiges politisches Ereigniß zu halten. Er ist der Repräsentant einer Politik, die lange vor ihm bestanden hat, und gerade so lange dauern wird, als ihre Existenzbedingungen vorhanden sind. Der Nordbund in der einen oder anderen Gestalt wäre auch ohne Bismarck gekommen, und wird mit ihm, wie ohne ihn, zu Grunde gehen. —

Am 4. d. M. wurde der oldenburgische Landtag eröffnet. Der Großherzog giebt in seiner Eröffnungserede als Hauptgrund der Einberufung die Regelung des Staatshaushaltes an, welche durch die Anforderungen des Norddeutschen Bundes nothwendig geworden. Indem der Großherzog auf die Vorlagen hinweist, welche die Eröffnung neuer Einnahmequellen und die Erzielung von Ersparnissen bezwecken, erklärt er auch sich selber bereit, Opfer zu bringen. „Ob er etwa die Million, welche er für den Verzicht auf seine angeblichen Rechte an Schleswig-Holstein erhielt, auf dem Altare des oldenburgischen Vaterlandes niederlegen will?“ fragt die „Frankfurter Zeitung“. Unter Regelung des Staatshaushaltes, ist — das brauchen wir kaum zu sagen — die Beschaffung der Mittel für das preussische Militärwesen zu verstehen.

Die Auswanderung nimmt fortwährend zu; und

zwar ist es die Zahl der Auswanderer aus den altpreussischen Provinzen, die am meisten zugenommen hat; über Bremen 1867 — 21,766 gegen 14,053 im Jahre 1866! Die Gesamtzahl aller über Bremen beförderten Auswanderer hat 1867 die unerhörte Höhe von 73,971 erlangt gegen 61,877 im Vorjahre, 44,665 im Jahre 1865, 27,701 1864, 18,175 1863 und 15,187 1862.

Nicht minder bezeichnend für die Segnungen der neuesten Aera ist, daß die „Frankfurter Zeitung“ sich aus der modernen preussischen Preßpolizeipraxis in die Zeiten der Censur zurücksehnt. Den Kurfürsten von Hessen und den König von Hannover hat Graf Bismarck schon zu Ehren gebracht, es wird ihm wohl noch gelingen, auch den alten Metternich zu Ehren zu bringen. —

Die Abschaffung der Todesstrafe in Sachsen hat den leitenden Staatsmännern Preußens sehr mißfallen, und wird von der „Norddeutschen Zeitung“ stark bekrittelt. —

Ueber die Reformbewegung in Oesterreich sagt die Berliner „Zukunft“: „Betrachten wir zum Schluß die Eigenschaften des österreichischen Volkes, wie sie in den drei Reformgesetzen ausgeprägt sind, mit einem Blick, so müssen wir freudig bekennen, daß hier ein Baugrund gewonnen ist, auf dem in unausgesetzter Arbeit Großes geschaffen werden kann. Das österreichische Volk hat jetzt zu zeigen, daß es seine Arme zu rühren versteht, nachdem die Fesseln derselben gefallen sind. Fernab liegt auch ihm noch das Ziel einer allseitigen Volksbildung, welche die Freiheit schützt und den Wohlstand mehrt, aber die Bahn ist frei, und da das Ziel werth ist des Schweisses der Edlen, so gebietet die Pflicht ein geharnischtes „Vorwärts“. Und wir hoffen und glauben, daß die Tausende, welche den sterblichen Ueberresten Mühlfelds am 26. Mai ihre Huldigung darbrachten, Minister, Volksvertreter, Gelehrte und Arbeiter, entschlossen sind, auch den unsterblichen Theil des mannhafsten Vorkämpfers, der in den Reformgesetzen fortlebt, in Ehren zu halten und zu einem „monumentum aere perennius“ für Oesterreich zu machen.“

Am Sonnabend entschied sich der österreichische Reichstag für eine Couponsteuer von 20 pCt., statt von 25 pCt., wie Skene empfohlen hatte. Dies für einen Staatsbankrott erklären, ist ebenso lächerlich, als der österreichischen Regierung jetzt eine radikale Entwaffnung vorschlagen, damit von den Ersparnissen die Gläubiger bezahlt werden können. Lächerlich wird man in Wien über die Drohung, daß die österreichischen Staatspapiere von den Börsen ausgeschlossen werden sollen. Wenn die Regierung ehrlich fortschreitet auf der Bahn der Reform, wird sie in Oesterreich und dem übrigen Deutschland vom Volk genügende Geldmittel zur Verfügung bekommen und sich um keine Börse der Welt zu kümmern brauchen. —

In Frankreich wird die Situation immer gespannter. Unter der Jugend gährt es, unter den Bauern gährt es, und wie die Arbeiter denken, das erhellt aus einer Rede, die wir weiter unten abdrucken. Prinz Plonplon ist wieder auf Reisen und scheint es auf Oesterreich und Süddeutschland abgesehen zu haben. In den Kammern wird leeres Stroh gedroschen, in den Arsenalen gerüstet. Der Kriegsminister, Marschal Niel, hat folgendes Rundschreiben erlassen:

General! Die Böswilligkeit bemüht sich aufs eifrigste, auf alle Kaufereien aufmerksam zu machen, bei denen Militärpersonen den ihnen anvertrauten Säbel ziehen, um waffenlose Personen zu bedrohen oder zu verwunden. Obschon solche Thatfachen gewöhnlich übertrieben und mitunter sonderlich entstellt erzählt werden, so kann man doch nicht läugnen, daß nur zu oft diese Erzählungen auf Wahrheit beruhen, die man dem

Publikum zur Kenntniß bringt. Gewöhnlich sind die Schuldigen in trunkenem Zustande. Aus diesem Grunde muß man zugeben, daß jeder dem Trunke ergebene Soldat außer Dienst nicht bewaffnet bleiben darf, und es ist von Wichtigkeit, die Corps-Commandanten an ihre Pflichten und Rechte in dieser Beziehung zu erinnern. Die Dienstordnung vom 2. October 1833 bestimmt, daß einem Unteroffizier auf 60, einem Soldaten auf 90 Tage das Tragen von Waffen untersagt werden kann. Ein Ministerial-Rescript vom 12. März 1846 setzte die Dauer der Untersagung des Rechtes zum Tragen der Waffen auf sechs Monate fest. Damit keine Verfügung die Dispositionsfähigkeit der Corps-Commandanten beschränke, bevollmächtigte ich dieselben hiermit, auf unbestimmte Zeit das Tragen des Säbels jedem Soldaten zu untersagen, der sich schlecht aufgeführt, oder der dem Trunke ergeben ist. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß namentlich Abends nach dem Appell die Soldaten in Schlägereien verwickelt werden. Daraus schließe ich, daß man der Dienstordnung zuwider, Ausgangs-Erlaubnisse an Leute bewilligt, die sich nicht immer ordentlich halten. Bei einem Corps, dessen Chef die Mannszucht im Auge hat, darf so etwas nicht vorkommen. Die Präventivmaßregeln, auf die ich anspiele, und die unnachlässlich strenge Bestrafung einer jeden Militärperson durch ein Kriegsgericht, die sich, außer im Falle der gerechten Nothwehr, seiner Waffe bedient, werden, so hoffe ich, die Wirkung haben, daß Klagen nicht vorkommen, die, wenn sie begründet, der Art sind, das Vertrauen, welches die Mannszucht der Armee immer einflößte, zu erschüttern. Jedes Mal, wenn Sie erfahren, daß eine Militärperson mit der ihr anvertrauten Waffe Mißbrauch getrieben hat, müssen Sie mir darüber einen speziellen und genauen Bericht abstaten. Ich bitte zc.

Das ist nicht genügend, aber die Regierung nimmt doch wenigstens Rücksicht auf das Publikum; in Preußen läßt man die Civilisten ruhig niederfäbeln. Aus Luxemburg berichten die französischen Blätter Demonstrationen zu Gunsten Frankreichs. So fängt's an.

In Spanien nimmt das „Räuberwesen“ so überhand, daß man auf dem flachen Lande nirgends mehr seines Lebens sicher ist, und die Banden ihre Razzias bis vor die Thore von Madrid ausdehnen. Die Strauchdiebe finden in den Dorfschaften eine sichere Unterkunft, und die Regierung hat ihre Hände mit der Sicherung ihrer hochkonservativen Interessen so sehr beschäftigt, daß sie sich um derartige Kleinigkeiten nicht bekümmern kann. Um so strenger fährt sie fort, die Press-poliizei zu handhaben. So wurden die progressivsten „Novedades“ mit Beschlagnahme belegt, obwohl dieselben seit Wochen keine eigenen Aufsätze mehr veröffentlichten, sondern sich „aus Sicherheitsgründen“ bloß auf den Nachdruck aus andern spanischen Blättern beschränkten.

Der Telegraph bringt Mittheilung eines kaiserlich russischen Ukases, der eine „beschränkte Amnestie“ für politische Vergehen proclamirt. Was diesen Gnadenact merkwürdig macht, das ist eben seine „Beschränktheit“, sie ist es, die uns nöthigt, nachträglich noch auf dieses Aktenstück zurückzukommen. Begnadigt werden alle in Sibirien befindlichen Ausländer, denen Aufenthalt und Rückkehr nach Rußland verboten wird; begnadigt werden — darin liegt das grauenhaft Charakteristische dieser anscheinend milden Regierungsmaßregel des Selbstherrschers aller Reußen — begnadigt werden Polen unter zwanzig Jahren, denen die Erlaubniß erteilt wird, in ihr Vaterland zurückzukehren. Man hat also in Polen Kinder, die man in jedem Staate, der irgend auf Cultur Anspruch macht, als unzurechnungsfähig entlassen haben würde, verurtheilt und in das weite Grab der Lebendigen geschleppt, wo

jeder Wuth- und Racheschrei mit Knutenhieben erstickt wird. Von einem Reiche, das Unmündige fürchten und unschädlich machen muß, nur um einen elenden Fetzen unredlicher Weisheit erworbenen Landes zu behaupten, gilt das *Esoterai quod* („Kommen wird einst der Tag!“) mit verhängnißvoller Sicherheit. Der Gnadenact des Kaisers von Rußland ist in der That von sonderbarer Beschaffenheit, er trifft zumeist solche, gegen die, den rechtlichen Begriffen civilisirter Völker nach, Gnade nicht geübt werden kann, da sie nicht schuldig sind, er läßt die unberücksichtigt, gegen die Gnade möglich und menschlich wäre — die Polen über 20 Jahre. Anderswo heiße das, was in Rußland schon Gnade heißt, noch weithinaus Barbarei.

In Moskau hat man am 28. Mai den Jahrestag der großen Slaven-Versammlung durch ein Diner gefeiert. Ein Redner suchte nachzuweisen, daß die Slaven nur eine Sprache, wenn auch in verschiedenen Dialekten, sprächen, und daß der russische Dialekt die panslavistische Sprache der Zukunft sei. Die Polen verglich er mit dem verlorenen Sohne des Evangeliums, wünschend, daß sie gleich diesem in den Schoß der slavistischen Familie zurückkehren möchten. Ein telegraphischer Gruß ging an die czechischen Freunde in Prag.

Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben wir das Programm der Convention von Chicago, welche Grant als Präsidentschaftskandidaten aufstellt, im telegraphischen Auszug erhalten. Das wichtige Schriftstück beginnt mit einem Glückwunsche zur Erledigung der Reconstitutionsacte und will den loyalen Männern des Südens gleichmäßige Stimmberechtigung gewährleisten wissen, während die Bestimmungen über das Wahlrecht in den loyalen Staaten ausdrücklich den betreffenden Staaten selbst vorbehalten werden. Repudiation der Staatsschuld wird verworfen und gleichmäßige Besteuerung, eine billige Frist für Rückzahlung der Staatsschuld sowie eine möglichst bald, aber auf ehrlichem Wege zu bewerkstelligende Reduktion der Zinsen für die Nationalschuld gefordert. Im weiteren Verlauf empfiehlt das Programm, als bestes Mittel zur Verminderung der Schuld, Besserung des nationalen Credits, spricht sich sehr entschieden und stark gegen Johnson aus, zollt den Manen Lincoln's den Tribut des Danks und der Anerkennung, constatirt am Schlusse das Recht der Expatriation und erklärt als Pflicht gegenüber den Soldaten aus dem letzten Kriege und den Hinterbliebenen der Todten die pünktliche treue Ablösung der Verbindlichkeiten, welche die Nation als Erbschaft übernommen habe; die Ermutigung der Einwanderung wird empfohlen und das Ende bildet ein Ausdruck der Sympathie mit allen unterdrückten Völkern, die nach Unabhängigkeit ringen.

Zum dritten deutschen Bundeschießen. Die Aufrufe, mit welchen das Central-Comité für das dritte deutsche Bundeschießen in Wien bisher zur lebhaftesten Bethheiligung an dem im Juli d. J. stattfindenden Feste eingeladen hat, waren zunächst an die deutschen Schützen und Stammesgenossen gerichtet. Die Feststadt Wien wird jedoch nicht allein die Schützen, sie wird Alle, die aus der Heimath und Fremde zu diesem Feste heranziehen werden, als ihre Ehrengäste freudigst begrüßen und Alles aufbieten, um dieselben in würdigster Weise zu empfangen und zu ehren. In diesem Sinne richten wir denn auch unsern Gruß und Ruf an Alle, die im Festorte Wien den Bürgern des in der politischen Freiheit wiedererstandenen Österreichs die Hand zum Grusse reichen wollen. Willkommen und im Voraus als liebe Gäste herzlich begrüßt sind uns die Vertreter aller Gesellschaftsschichten, die Männer der Gesetzgebung

und der Rednerbühne, der Kunst und Wissenschaft, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Dieser Willkommgruß soll weit über die deutschen Grenzmarken hinausdringen, über die Meere hinweg zu allen Nationen der civilisirten Welt; und wir werden in ihren Sendboten zum Feste die Bürgerschaft finden, daß ein Band der Liebe und Eintracht alle Völker der Erde verbinden könne. Keine politische Schranke und nicht die politische Sprache trennt uns von den Stammverwandten und Fremden, die bei dem 3. deutschen Bundesschießen erscheinen werden, und wir hoffen zuversichtlich, daß die innigste Verständigung mit Allen beim Feste zum beredten Ausdrucke gelangen wird. Möge das Fest des 3. deutschen Bundesschießens in Wien ein Fest der Verbrüderung für Alle sein und bleiben, die sich dabei mit freudigem Herzen und mit frischem Geiste zusammenfinden.

Das Pres.-Comité
f. d. 3. deutsche Bundesschießen:
Dr. L. Wittelschöfer,
Obmann.
Wilhelm Wiener,
Obmann-Stellvertreter.

Das Central-Comité
f. d. 3. deutsche Bundesschießen:
Dr. Eduard Kopp,
Präsident.
Heinrich Ritter v. Maurer,
1. Vice-Präsident.
Friedrich Schmidt,
2. Vice-Präsident.

Todtenschein des Berliner Reichstags.

Die norddeutschen Telegraphendrähte wurden vorige Woche durch folgenden nach allen Richtungen der Windrose hinausgestoßenen Angstschrei alarmirt:

Telegramm.

Aufgegeben Berlin, 4. Juni, 5 Uhr.

Reichstagsabgeordneter X in X.

Eine Auszählung des Reichstags hat ergeben, daß keine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern anwesend war. Ich fordere dringend zu sofortiger Rückkehr auf. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Simson.

Stieberisches.

Von dem Optikus Graf ist uns folgendes Schreiben zugegangen:

„Euer Wohlgl. diene zur Nachricht daß Ihre Person in betreff meiner politischen Anschauung schlecht unterrichtet sind, und Ihr in Ihren Blatte von Ihnen als Leiter desselben geschrieben nur Lügengewebe ist.

1. Herr Geheimrath Stieber hatt mir nie den Auftrag gegeben die Sächsische Demokratie zu überwachen und sollte jemand Ihrer Partei eine Eisenbahnkarte oder sonst eine legitimisation von seiten der Königl. Preuß. Regierung gesehen haben möchte ich bitten derselbe möchte sich einer guten Brille bedienen um sich von den Sachverhalt überzeugen zukönnen. Bemerken will ich Ihnen daß wenn ich diese Person sein würde Ihnen allerdings lästig wär den Enthüllungen wüste ich sehr viele zu machen, die Orte wo Sie Versammlungen hielten als Stolberg, Geyer, Thalheim u. s. w.

Jena d. 4 Juni 1868.

L. Graf.

Dies meine erste und letzte Antwort.“

Wir haben das Aktenstück ganz unverändert mitgetheilt und wünschen Herrn Stieber Glück zu seiner Menschen-

kennntniß. „Zum dritten und letzten Mal“ konstatiren wir, daß von dem uns versprochenen Prozeß noch immer nichts zu merken ist, eben so wenig wie von den versprochenen Enthüllungen.

Gefährliche Enthüllungen.

(Schluß.)

Sicher lag das „Dichtun“ nicht in der Absicht unseres Herrn Finanzministers; der Effekt ist darum kein anderer. Das Prunken der kleinen Staaten mit ihrem Reichthum erinnert unwillkürlich an die Weisheit der Biene, auf deren selbstzufriedenes: „Ich hab' ein volles Haus“, der Schmetterling treffend erwiderte: „Und ich nichts zu verlieren.“ Und der Biene ist zur Vertheidigung des Resultates ihres Fleißes wenigstens ein Stachel verliehen; die kleinen Staaten stehen mit ihrem Reichthum völlig schutzlos da. Schutzlos unter Preußens Hittigen? Schutzlos im Norddeutschen Bunde? wird mancher verwundert fragen. Allerdings, und zwar in noch höherem Grade als vor dem neuen Schirmherrschaftsverhältnis, denn die geringere oder größere Wahrscheinlichkeit der Gefahr ist für die Bemessung der Sicherheit fast noch mißlicher als die Stärke der Vertheidigungsmittel. Der kampfgerüstete Ansiedler in der Wildniß schläft inmitten aller seiner Waffen nicht so sicher, als der friedfertige Wehrlose im geordneten Staate; und ein massives Gebäude, umgeben von Stroh- und Schindelhütten ist schwerer gegen Feuergefahr zu verschern, als ein Haus von mäßig feuerfester Bauart in einer keine Besorgniß erweckenden Umgebung. Das Jahr 1866 hat den geordneten Friedensstand Mitteleuropas in einen allgemeinen Eroberungskampf, die Schutzdächer der Staaten, die bestehenden Verträge, in feuerfangende „Fragen“ verwandelt. Kein noch so sehr verstärktes Heer, dem ja übrigens entsprechend verstärkte Angriffsmittel entgegenstehen, vermag diese Verminderung der allgemeinen Sicherheit wettzumachen. Dazu ist über die kleinen Staaten noch eine neue Gefahr hereingebrochen: die Norddeutsche Bundesverfassung. Wer schützt sie denn gegen etwaige Uebergriffe ihres nahezu allmächtigen Schirmherrn? Dessen guter Wille? Wir zweifeln sehr, ob sich im gemeinen Leben irgend Jemand mit solchen „Garantien“ seiner Rechte und Ansprüche zufrieden geben möchte. Im Staatsleben hat man zwar den Versuch gemacht, den Völkern die Entbehrlichkeit der Ministerverantwortung durch die „Verantwortlichkeit der Monarchen vor Gott“ plausibel zu machen. Die würdige Bundesgenossenschaft dieser Sorte von Staatsfophsiten wollen wir den Aposteln der Lehre vom „starken Schutze der kleinen Staaten im Norddeutschen Bunde“ von Herzen gönnen. Uns ist die Gabe des „Glaubens an eine Sache um ihrer Ungereimtheit willen“ (das berühmte credo quia absurdum des alten Kirchenvaters Tertullian) schlechterdings versagt.

Uebrigens ist die Gefährlichkeit des Sammelns von Schätzen, die man nicht vertheidigen kann, längst nicht mehr eine rein theoretische Streitfrage. Sie ist in eklatanter Weise offenbar geworden durch das Schicksal des Königreichs Hannover, dessen größtes Verbrechen, wie sich hinterher herausstellte, nicht seines Königs Haltung bei Langensalza, sondern sein durch gute Wirtschaft auf einen Werth von 300 Millionen gebrachtes Staatsvermögen war. Deshalb mußte die „Expropriation“ vorgenommen werden, das „gute Geschäft“, dessen sich Graf Bismarck öffentlich laut gerühmt hat, jene Expropriation, wobei den Hannoveranern der Werth des ihnen Entzogenen mit preußischem Militärdruck, preußischer Militärlast, Belagerungszustand und Hochverrathsprozessen so gewissenhaft heimgezahlt

wurde! Um des gleichen Verbrechens willen sind bekanntlich die Schleswig-Holsteiner von den Dänen so hartnäckig verfolgt worden, und gelangten sie auch nach der „Befreiung“ nicht zum Rechte der Selbstregierung. Was den niedersächsischen Staaten widerfahren ist, sollte doch auch Obersachsen sich zur Lehre dienen lassen!

Leider scheint die Erkenntniß dieser Lage den regierenden Weisen in Dresden, insbesondere unserer Finanzleitung, gänzlich abzugehen, während selbst der wahrlich nicht auf der Höhe der Zeit stehenden Kammer sich eine Ahnung davon bemächtigt hatte. In dem von manchem durchaus gouvernementalen Redner mit merkwürdigem Freimuth ausgesprochenen Gefühl, daß es mit der sächsischen Selbstherrlichkeit wohl auf die Reize gehe, fand die eilige Decretirung von Staatsseisenbahnbauten in einem bisher nie dagewesenen Umfange wohl die beste Erklärung. Man wollte das vorhandene Vermögen geschwind, so lange es noch Zeit sei, in dem Lande nicht wieder zu entziehenden gemeinnützigen Unternehmungen festlegen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden — wäre man nur auch bei der Steueraushebung von dem gleichen Prinzip ausgegangen! Aber da bemühte man sich, den gefährlichen Staatsreichtum, statt ihn soweit thunlich in die Taschen des Volks, aus dessen Steuern er angeammelt war, zurückfließen zu lassen, durch erhöhte Abgaben unverfehrt zu erhalten. Zuletzt ist freilich noch so viel davon abgehandelt worden, wie von der Tabaksteuer im Zollparlament, und zu allerletzt haben die Herren Stände geradezu den politischen Gedanken der Schrapeschen Denkschrift sich angeeignet, nur freilich nicht in der den Steuerzahlern des ganzen Landes, sondern den Interessenten der projektirten Eisenbahnlinien entsprechenden Form — kennzeichnend für die Zeit, worin, und die Art, wie die regierende Klasse den Geboten der Zeitlage gerecht zu werden weiß.

Einen Meisterstreich dagegen (von seinem Standpunkte aus betrachtet) machte der nationalliberale Leipziger Bürgermeister, indem er den Finanzminister durch Bedenkllichkeiten gegen die Höhe der zu kontrahirenden Eisenbahnschuld zu den Enthüllungen der vortheilhaften Finanzlage des Landes verlockte, Enthüllungen, die um so überflüssiger waren, als die Spekulation auf die Gunst auswärtiger Börsen, auf die überhaupt bis jetzt nur Herr von Briesen mit dem übereilten Abschlusse der fünfprozentigen Anleihe verfallen ist, diesmal nach keiner Seite in Frage kam. Desto willkommener werden sie Jedem sein, der in nächster Zeit Ansprüche an die sächsischen Staatskräfte zu erheben in der Lage ist. Das nennen wir denn doch — sei der Zweck noch so gut gemeint — gefährliche Enthüllungen.

Weisse Sklaven.

XII.

Glauchau, den 1. Juni.

Ich erlaube mir, einiges über die Lage der Arbeiter in den Baumwollspinnereien in dem Burgstädt-Benig-Lunzenauer Bezirk zu berichten. Ich kenne die Verhältnisse genau, indem mein verstorbenen Vater sowohl als Spinn-Krempelmeister wie als Maschinenmeister thätig gewesen ist. Im Jahre 1865 arbeitete ich in der Spinnerei Sch.....thal bei Burgstädt, wo ich, 16 Jahre alt, für 6 Arbeitstage einen Lohn von 1 Thlr. 6 Ngr. bekam; drei Monate später 1 Thlr. 12 Ngr. und im 9. Monat, als ich kündigte, erhielt mein Nebenarbeiter 1 Thlr. 15 Ngr. Wir hatten Arbeit nach Pfunden, und unsere Maschine war reparirt worden, damit wir andere Wolle verar-

beiten könnten. Jedoch ward nicht genug fertig, als daß dieser Lohn unserem Wochenlohn gleichgekommen wäre, und deshalb erhielten wir jede Löhnung „Vergütung“ (was gar nicht nöthig gewesen wäre, wenn wir besseres Material und für jedes Pfund mehr Lohn erhalten hätten), welche dem Wochenlohn gleichkam. Wie erstaunte ich, als mir 2 Thlr. ausgezahlt wurden. Ich fragte, warum ich nicht den vollen Lohn erhielt, worauf mir geantwortet ward: „weil ich gekündigt hätte, erhielt ich keine Vergütung“. Welche Ungerechtigkeit das ist, liegt auf der Hand. In St... bei Burgstädt waren meine beiden 12 und 13 Jahre alten Schwestern in der Fabrik beschäftigt. Der Fabrikherr beschäftigte 75 bis 80 Arbeiter, worunter 20 bis 25 Kinder. Unter diesen waren 6 bis 8 im Alter von 6 bis 10 Jahren, die anderen über 10 Jahre alt. Sie erhielten einen Wochenlohn von 5 bis 15 Ngr., je nach dem Alter und der Leistung. Den Lohn der Kinder bestimmen die Arbeiter „Spinner“, und geben sie den Andrehern, was sie wollen. Der Fabrikherr in St.... schickte nun 20 bis 25 Arbeiterinnen fort und stellte dafür Kinder an. Diese Maschinen von Fleisch und Blut bekamen einen Arbeitslohn von 1 Thlr. bis 1 Thlr. 12 Ngr. in 14 Tagen, während die erwachsenen Arbeiterinnen in derselben Zeit 2 Thlr., 2 Thlr. 15 Ngr. und 3 Thlr. erhielten. Daß diese Spinnerereibesitzer nur seinen Gewinn im Auge hatte, versteht sich von selbst. Die Kinder, welche in einer Fabrik beschäftigt sind, haben 2 Stunden Schule täglich; in den Spinnereien Diethensdorf, Rohsdorf, Stein u. s. w. von Vormittags 11 bis Nachmittags 1 Uhr, so daß ihnen nicht einmal die Mittagsruhe gegönnt wird. Die Kinder werden in den Fabriken körperlich und moralisch zu Grunde gerichtet, wie in der genannten Spinnerei zu St..., wo einige Kinder, in Folge der ungewöhnlich schweren Arbeit, welche vorher erwachsene Personen verrichtet hatten, zum Theil verkrüppelten, indem sie „Aushwachsen“, eine Erhöhung auf dem Rücken, bekamen. Aber den Fabrikherren ist es einerlei, ob diese Kinder arbeitsunfähig werden oder nicht, wenn nur ihr Geldbeutel gefüllt wird.

Ich will noch ein Beispiel anführen. Ich habe einen Bruder, welcher 8 Jahre alt ist. Meine Mutter wurde von einem Arbeiter „Spinner“ veranlaßt, ihn auf die Fabrik zu geben, wo er bei einem Salfaktor (neue Mulschspinnmaschinen) als Andreher wöchentlich 10 Ngr. erhielt. Eines Tages sollte er die Maschine reinigen, was geschieht, ohne daß diese zum Stillstehen gebracht wird. Da heißt es aufpassen, denn während der Wagen der Maschine herausläuft, muß der Andreher schnell hineinkriechen und etwas reinigen, bis der Wagen wieder hineinläuft, wo er schnell wieder herauskriechen muß. Schweden können den Tod zur Folge haben, wie das im Jahre 1862 in der Chemnitzer Aktienspinnerei vorgekommen ist, wo ein Kind in 2 Minuten eine Leiche war. Ein ähnliches Schicksal betraf auch meinen Bruder, indem er entweder hängen blieb, oder nicht schnell genug herauskroch. Er wurde zwischen dem eisernen Pflock, welcher den Wagen aufhält, und diesem Wagen zerquetscht, daß ihm das Blut zur Nase und dem Munde heraustam, und er bewußtlos nach Hause gebracht wurde. Jedoch hat sein Fabrikherr sich menschenfreundlich gezeigt, indem er meine Mutter in den Stand setzte, den Arzt und die Arznei zu bezahlen. Seit dieser Zeit schickt sie kein Kind mehr in die Fabrik. Ueberhaupt ist es Pflicht eines jeden Mannes, welcher für das Wohl der Arbeiter Etwas thun will, dahin zu wirken, daß die Kinderarbeit in den Fabriken unterdrückt wird. Man sagt, daß dann die Kinder nichts mehr verdienen, und die Aeltern nicht genug Brod schaffen könnten, was keineswegs sichhaltig ist, denn die Kinder können zu Hause für die Fabrik arbeiten.

Das 14 Stunden Arbeit des Tages zu viel für Kinder von 6 bis 10 Jahren sind, wird Jeder begreifen. Im sächsischen Gewerbegesetz steht ausdrücklich, daß Kinder vor dem 10. oder 12. Jahre in den Fabriken nicht arbeiten dürfen. Nur Ausnahmen sind gestattet. Und wenn die armen überarbeiteten Kinder Fehler machen, oder, wie es ja bei ihrer Jugend natürlich ist, einmal muthwillig werden, was bei der schweren Arbeit, die auf ihnen liegt, selten genug geschieht, dann ist da ein gewisser Schrank, in welchem der sogenannte „Fabrikensuchs“ aufbewahrt wird. Ein solcher Schrank befindet sich fast in jeder Fabrik. Das sächsische Gewerbegesetz besagt: „Gegen schulpflichtige Kinder-Arbeiter hat der Arbeitsherr das Recht der Züchtigung innerhalb der zur Erhaltung von Zucht und Ordnung erforderlichen Grenzen.“ Ja, wer diese Grenzen nur ausfinden könnte!

Das ist die Lage der Kinder in den Fabrikbezirken, die ich oben genannt habe. Wann wird's endlich besser werden?

Eine Arbeiterrede.

Vor dem Zuchtpolizeigericht in Paris stand vor. Monat eine Anzahl Arbeiter, angeklagt, durch Theilnahme an der Internationalen Arbeiterassoziation das Vereinsgesetz verletzt zu haben. Die Verteidigung führte einer der Angeklagten, Buchbinder Barlin. Nachdem wir vorausgeschickt, daß die jenseitigen Richter das gewünschte Schuldig sprachen, theilen wir einen Auszug aus der Rede Barlin's mit, die ein Echo finden wird in der Brust auch des deutschen Proletariats:

Stellen Sie sich einmal vor, ein Flug Tauben läßt sich auf einem Kornfeld nieder; allein statt daß jede nach Belieben viden darf, müssen 99 die Körner auf einen einzigen Haufen zusammentragen und dürfen für sich selbst höchstens die Abfälle und das Stroh behalten; den Haufen, ihre Arbeit, müssen sie für eine einzige zurückbehalten und vielleicht ist dies die schwächste und schlechteste Taube von allen. Und doch müssen sie einen geschlossenen Ring um diesen Haufen bilden, immer Neues zusammenscharrend, müssen zusehen, wie die einzige behaglich girend ab- und zugeht, sich ägt nach Belieben. Würde aber eine frechere, vielleicht ausgehungerte Taube aus der Menge nur ein einziges Körnlein aufspicken, so würden alle Andern, im blinden Gehorsam für die Einzige, einmützig über sie herfallen, sie zerzausen, ihr den Raub abjagen und sie aus der Gemeinschaft ausschließen. Betrachten Sie dieses Bild, so finden Sie freilich, daß es in der Natur nicht vorkommen kann, dafür aber tagtäglich sich hundertfach wiederholt bei den mit Vernunft begabten Menschen. Die Folgerung aber ist zweifach; Sie folgern daraus: dafür stehe der Mensch durch Vernunft über dem Thiere. Ich aber sage Ihnen: der Mensch kann trotz seiner Vernunft noch bei dem Thiere in die Schule gehen!

Das Alterthum ist an der Sklaverei zu Grunde gegangen, und die Gegenwart wird eben dahin kommen, wenn sie den Leiden der übergroßen Mehrheit nicht besser Rechnung trägt. Wer zu den 99 Tauben gehört, hat mit der Geburt das Erbe des Glends, den Keim der Krankheit, den Hunger zum Jugendgepielen; mit sechs Jahren die Arbeit, den Mangel an Unterricht, die ungesunde Atmosphäre, das schlechte Beispiel; mit Zwanzig die Kaserne oder das Schlachtfeld; kehrt er davon zurück, so mag er meinet halben heirathen, wenn es der englische Philanthrop Malthus und der nicht milder menschenfreundliche französische Minister Duchatel gütigst erlauben wollen; denn Sie wissen es ja, Beide behaupten einmützig,

der Arme brauche überhaupt nicht zu heirathen und es verpflichte ihn ja auch nichts, auf dieser schönen Erde zu bleiben, wenn er die Mittel nicht findet, darauf zu leben Er verheirathet sich also, um sein Glend zu vervielfältigen; er schreitet hinan auf seinem Kalvarienberg: ein Leben ohne Erinnerung mit der hoffnungslosen Aussicht auf ein noch trostloseres Alter. Und doch hat dieser Mensch vier- bis fünfmal mehr produziert, als er konsumirt hat. Was hat also die Gesellschaft mit dem Ueberfluß gemacht? Sie hat die hundertste Taube dadurch geschaffen!

Fragen Sie die Geschichte: sie wird Ihnen sagen, daß jede soziale Organisation, die auf einem kolossalen Unrecht gegründet ist und nicht einmal die Stimme der Billigkeit hören will, ihrer baldigen Zerkünderung entgegenschreitet. Und das ist unser Trost in dieser Zeit des Luxus und des Glends, der Autorität und der Sklaverei, der Verderbtheit des Charakters und der Unwissenheit: so lange es noch möglich ist, daß ein Mensch vor der Schwelle eines Palastes verhungern kann, spreche man weder mehr von Christenthum noch von Humanität: das Eine ist eine Heuchelei wie das Andere

Sehen Sie den Finger auf die gegenwärtige Epoche, so werden Sie einen blinden Haß gewahren zwischen der Klasse, die erhalten, und derjenigen, die ihr natürliches Recht zurückgewinnen will: Sie werden gewahren, wie aller Aberglaube wieder in Falme geschossen ist, den man durch das 18. Jahrhundert für immer beseitigt glaubte! Sie werden den entfesselten Egoismus sehen neben der vollendeten Immoralität: das Alles sind Zeichen des Verfalls! Der Boden zittert unter Ihren Füßen, nehmen Sie sich in Acht! Eine Klasse, die bis jetzt in allen Epochen und unter jeder Regierungsform unterdrückt worden ist, die Klasse der Arbeiter, tritt zum ersten Mal die Scene dieser Welt und bringt ihr ein Element der Regeneration mit: es wäre weise von Ihnen, sie gewähren zu lassen, denn ihr Werk ist nichts, als ausgleichende Billigkeit. Das Wehen absoluter Freiheit allein kann diese mit dem ganzen Marasmus verjährter Ungerechtigkeiten überladene Atmosphäre reinigen. Hüten Sie sich davor, diese so gedrückte Luft noch stärker zu komprimiren: das Gewitter könnte sich früher entladen, als Ihnen lieb ist. Hat eine Klasse von Bürgern einmal die moralische Ueberlegenheit eingebüßt, die ihre hervorragende Stellung begründet, so sollte sie sich beeilen, vom Schauplatz abzutreten; um sie, doch fruchtlos, zu behaupten, müßte sie zur Grausamkeit schreiten, denn Grausamkeit ist die Gefährtin aller sinkenden Gewalten. Möge die Bourgeoise endlich einsehen, daß ihr Gesichtskreis viel zu eng ist, um alle Bedürfnisse der Epoche zu umfassen; daß ihr nichts übrig bleibt, als zurückzutreten und sich zu vermischen mit der jungen Macht, auf deren Fahne steht die Gleichheit und die Solidarität durch die Freiheit.

Aus England.

London, den 8. Juni.

Einige Tage bevor Gouverneur Eyre sich vor Gericht zu stellen hatte, fragte der schon früher erwähnte Enkel eines irischen Bischofs den ersten Minister im Unterhause, ob das Ministerium gesonnen sei, die Verteidigung des Ex-Gouverneurs zu übernehmen? Benjamin Disraeli gab eine verneinende Antwort. In der letzten Nummer des „Punch“ ist dieser Vorgang zu einem Bilde benutzt, auf welchem Eyre mit den Anklage-Akten in der einen Hand, seine Verteidigung, eine Tafel mit den Worten: „Rettung von Jamaica“, in der andern, verzweifelt bedenklich auf einem Stuhle sitzt. In einer

Gehe sitzt Disraeli, ebenfalls mit der Anklage-Akte, in deren Lektüre er durch ein Gespenst gestört wird. Hinter ihm steht das Gespenst Palmerston's, welches, mit dem Finger auf Eyre zeigend, ausruft: „Benjamin! Benjamin! ich würde ihn nicht im Stiche gelassen haben“. Die Gräueltaten, welche unter der Direktion von Eyre an den Negern von Jamaica verübt worden, entschuldigt „Punch“ dadurch, daß man die indischen Rebellen mit Kanonen in die Luft gesprengt habe. So ist das weltberühmte Londoner Charivari, das vormals die moralisch-witzige Geißel der öffentlichen Charaktere war, zum nichts-würdig gemeinschaftlichen Speichellecker der Henkershender der britischen Aristokratie geworden. Die gerichtliche Verfolgung gegen Eyre ist abermals durchgefallen. Alle Kriminalsachen, die von den Polizeirichtern an die höhern Gerichte verwiesen werden, kommen vor die große Jury, die darüber zu entscheiden hat, ob die im Polizeigericht vorgebrachten Beweise hinreichen, einen Prozeß zu begründen. Der Richter, welcher der großen Jury die Sachlage und das Gesetz zu verdolmetschen hatte, citirte verschiedene Autoritäten, um nachzuweisen, daß die standrechtlichen Befugnisse der Krone nie definitiv begrenzt worden sind, daß es daher der jedesmaligen Jury überlassen bleiben muß, über den ihr vorliegenden Fall zu entscheiden. Er fügte jedoch hinzu, daß keine Ursache vorhanden gewesen, die Gefangenen, die am Bord des Kriegsschiffs *Boliverine* sich befanden, an's Land zu setzen, um sie standrechtlich zu verurtheilen und hinzurichten, welches den Fortgang des Prozesses rechtfertige.

Als Gegenbehauptung sagte er aber, wenn Eyre überzeugt gewesen, daß durch die Standrechtung Gordons zum Beispiel für Andere die Insurrektion aufgehalten werden würde, die That zu rechtfertigen sei. Das Kurze und Lange der Geschichte ist, daß es von dem Gutdünken der Jury abhängt, ob gewisse Handlungen lobenswerthe Heldenthaten oder strafbare Verbrechen sind. Hätte ein Genie vor Gericht gestanden, er wäre sicher verdammt worden. Die radikalen Bürger von Manchester sprachen das Schuldig über sieben oder acht Männer aus, die angeklagt waren, einen Polizisten ermordet zu haben, von denen einige zur Zeit als die That begangen wurde, nicht einmal in der Nähe waren; aber ein aristokratischer Gouverneur, das ist was ganz anderes, der kann Befehle geben, zugegen und doch nicht schuldig sein, und so fand die große Jury in diesem Falle die Anklage nicht begründet. Was die Elite der britischen Gesellschaft von der betreffenden Mezelei in Jamaica hält, geht aus einer Petition hervor, die vorigen Freitag im Unterhaus eingereicht wurde. Die Bittsteller zählen die Verdienste auf, welche sich der Ex-Gouverneur im Laufe seines 25 jährigen Staatsdiensts um das Vaterland erworben, beschwerten sich darüber, daß er seit seiner Rückkehr unaufhörlich verfolgt worden sei von einer unverantwortlichen Gesellschaft (nämlich dem Jamaica-Comité), und bitten das Parlament, die Königin zu ersuchen, Eyre eine baldige Anstellung zu geben und ihm die Kosten, welche die gerichtlichen Verfolgungen verursacht, zurückzuerstatten. Diese Petition ist von 76 Mitgliedern des Oberhauses, 6 Bischöfen, 20 Mitgliedern des Unterhauses, 40 Generälen, 300 Friedensrichtern, 400 Geistlichen und 30,000 andern Personen unterschrieben.

Herr John Bright hat die Pfingstferien benutzt, um in Liverpool zwei lange Reden zu halten, die den Raum, den die Tagesblätter gewöhnlich den Parlaments-Debatten widmen, ausfüllen, und den Redakteuren das Material zu Leitartikeln geliefert haben. Mit Ausnahme seines eigenen Chos, des

„Morning Star“, sind ihm wenig Lorbeeren zu Theil geworden. Die „Times“ sagt, er wird nie müde, das alte Lied wieder abzuleiern — das Lied, welches wir alle so oft gehört haben, sein eigenes Lob, und die sehr großen Dinge, die er selbst gethan, in der Begleitung der größten Männer, die gelebt haben, aber bereits zu den Vätern gegangen sind, oder nur lange genug gelebt haben, um einen kleinen Antheil an seinen großen Ehren zu empfangen. Der langen Reden kurzer Sinn war, daß sich alle Welt vereinigen solle, Gladstone zu unterstützen. Der „Morning Star“ sagt, die Liberalen aller Städte sollen dem Beispiele, welches Liverpool gegeben, folgen und Versammlungen, Banquette, Comité's, Distrikt-Organisationen jeder Art ins Leben rufen, um die „enorme Stärke der Partei“ in einer großen, vereinten und überwältigenden Stimme für Gladstone an den Tag zu bringen. Die „enorme Stärke der Partei“ hat bisher darin bestanden, daß die erklärten Revolutionäre, die Tories, alle großen Staatsreformen haben durchführen müssen; die „enorme Stärke“ reichte nicht einmal hin, die Wähler-Qualifikation von 10 Pfd. St. jährlichen Hauszins auf 7 Pfd. St. herabzusetzen.

Was die Vertreter der bestehenden Zustände besonders charakterisirt, ist ihre Unfähigkeit das Staatsruder zu lenken, aber ihre natürlichen Gegner, die Repräsentanten des Proletariats, haben weder die Macht noch die Mittel, sie zu beseitigen. Einige der hervorragendsten unter den Arbeitern können die Zeit nicht erwarten, bis sie ins Parlament kommen, sie schmiegen sich den alten Parteien an, um als „gute Jungen“ hinein gebracht zu werden; man wird sie in der nächsten Zukunft als servile Speichellecker der Verachtung preisgeben. Inmitten dieser Verwirrung giebt es doch stille Denker, die wissen, um was es sich handelt. Ein gewisser Hopkins hat ein Buch, unter dem Titel „die englische Revolution“, veröffentlicht, in welchem er unter anderm sagt: „Die bisherigen Konflikte waren Konflikte von Parteien, der gegenwärtige ist eine Klassenrevolution. In früheren Bewegungen stützte man sich auf verbrieft konstitutionelle Rechte, die heutige Bewegung bezweckt den noch unentwickelten und vernachlässigten Volkrechten gesetzliche Geltung zu verschaffen; eine neue Klasse verlangt die Herrschaft im Staate.“

Ein Gewerbe-Unions-Congreß, der sich im Laufe der Woche zu Manchester versammelte, hat der Londoner Tagespresse nicht von hinreichender Wichtigkeit geschienen, ein Wort darüber zu verlieren. Die Fragen, welche zur Verhandlung kommen sollten, waren: 1) Die absolute Nothwendigkeit der Gewerbe-Unionen. 2) Die Wirkung der Gewerbe-Unionen auf die auswärtige Conkurrenz. 3) Die Regulirung der Arbeitsstunden. 4) Beschränkung der Lehrlinge. 5) Technische Bildung. 6) Schieds- und Versöhnungsgerichte. 7) Kooperation. 8) Die Conspirationsgesetze in Betreff der Einschüchterung des Piktirens u. s. w. 9) Die Erweiterung der Fabrikgesetze und die Nothwendigkeit zwangsmäßiger Inspicirung aller Plätze, wo Weiber und Kinder beschäftigt werden. 10) Die gegenwärtige königliche Untersuchungskommission über das Verfahren der Gewerbe-Unionen, in wiefern sie das Vertrauen der Arbeiter verdient. 11) Die Legalisirung der Gewerbe-Unionen. 12) Die Nothwendigkeit, alljährlich einen Congreß abzuhalten, auf welchem die Gewerbe der verschiedenen Mittelpunkte der Industrie vertreten sind. — Ueber jede Frage soll eine Denkschrift verlesen und danach diskutirt werden. Die erste Frage wurde am zweiten Tage, Mittwoch, bejahend erledigt.